
Presseinformation Nr. 404

23. März 2006

LEIBRECHT:

West Papua darf nicht zu einem zweiten Osttimor werden!

BERLIN. Angesichts der schweren Vorwürfe von Flüchtlingen aus West Papua, dass es zu Vergewaltigung und Folter durch die indonesische Armee in West Papua gekommen ist, fordert der Südostasienexperte der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Harald LEIBRECHT:

Die indonesische Regierung muss alles daran setzen, ein zweites Osttimor zu vermeiden. Die indonesische Regierung hat ausländischen Medienvertretern die Einreise nach West Papua mit der Begründung untersagt, dass dadurch die nationale Einheit gestört würde. Dies ist sehr bedenklich und schürt den Verdacht, dass die Situation in West Papua schlimmer ist, als von ihrer Regierung eingeräumt. Verschiedene kirchliche Institutionen bestätigen, dass die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte der Papuas schwer verletzt werden, ungeachtet der Verabschiedung eines Autonomiegesetzes aus dem Jahr 2001. In West Papua wiederholt sich, was in Osttimor passiert ist. Die Bundesregierung muss alle ihr zur Verfügung stehenden Kontakte zur indonesischen Regierung nutzen, damit diese einer gewaltsamen Unterdrückung der Bevölkerung von West Papua entgegenwirkt. Eine Eskalation der politischen und menschenrechtlichen Lage in einem der größten südostasiatischen Länder muss verhindert werden.

Bettina Lauer
Telefon: (030) 227-52378
pressestelle@fdp-bundestag.de

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de